

Gemeinsam geht anders

Standpunkt des FBP-Präsidenten Rainer Gopp

Diskussion Am Donnerstag hat die Regierung dem Landtag mit dem Bericht und Antrag Nr. 69/2021 ein Kurzgutachten zur langfristigen finanziellen Sicherung der AHV zur Kenntnis gebracht.

Aufgrund der Ergebnisse dieses Gutachtens beantragte die Regierung, entsprechend der gesetzlichen Regelung, für den Moment keine konkreten Massnahmen zu initiieren. Bei einer Kenntnisnahme sind zwar Diskussionen willkommen. Gerade im Falle der AHV finde ich es durchaus zielführend, wenn auch bei einem solchen Traktandum über die Ausrichtung für die Zukunft diskutiert wird, mehr aber auch nicht. Erst während der Behandlung des Traktandums wurden die Abgeordneten über die Ad-hoc-Anträge der VU informiert.

Dass eine Kenntnisnahme für ein solches Vorgehen missbraucht wird, ist unüblich, ja meines Erachtens unseriös. Diese Anträge hatten den Charakter eines Postulats. Ein Postulat müsste aber vier Wochen vor einer Landtagssitzung eingereicht werden, das wollte die VU anscheinend nicht. Es ist in der Geschäftsordnung des Landtags nicht zuletzt darum so verankert, damit sich die Abgeordneten seriös und inhaltlich darauf vorbereiten können. Die VU-Fraktion hat zum Teil



(Foto: N. Vollmar)

durchaus legitime Fragestellungen in den Raum gestellt. Über solche Fragen aber zu befinden, ohne die dafür benötigten Grundlagen vorliegen zu haben, ist schlicht nicht möglich. Der VU-Fraktionssprecher Manfred Kaufmann erwähnte zwar, dass es nur darum ginge, ein Stimmungsbild abzuholen, um anschliessend zusätzlich einen parlamentarischen Vorstoss einzureichen. Die Anträge mussten aber klar anders interpretiert werden und die VU-Fraktion wurde auch dar-

auf hingewiesen, liess sich aber nicht umstimmen. Hätte man also die Regierung beschäftigt, um anschliessend doch noch ein Postulat einzureichen? Es handelt sich dabei wohl um einen rein parteipolitischen Schnellschuss. Verantwortungsvolle Politik, gerade bei einer so zentralen Thematik wie der AHV, geht anders.

Aus der Sicht des Koalitionspartners stösst ein solches Vorgehen natürlich bitter auf. Es handelt sich dabei um ein eigenartiges Verständnis einer

Koalition. Der Slogan der VU «Gemeinsam für Liechtenstein», unter welchen sie auch die Zusammenarbeit in der Koalition stellte, wird hiermit ad absurdum geführt.

Liebe VU: Gemeinsam geht anders. Als FBP-Präsident hätte ich mir in diesem Fall ein Einbinden zum geplanten Vorgehen erwartet, dies fand leider nicht statt.

Ich danke dem Landtag dafür, dass er ein solches Vorgehen nicht goutierte und die Anträge ablehnte.